

Mit dem Beitrag von Christa Luft beenden wir den Abdruck der seinerzeit vom Kuratorium der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät e.V. angeregten Einsendungen beruflich (noch) stark beanspruchter Mitglieder über ihre wissenschaftliche Arbeit.

Christa Luft

Globalisierung – Gestaltungsaufgabe versus Sachzwang

Seit einem Jahrzehnt gehört „Globalisierung“ zu den inflationär gebrauchten Schlagworten in Politik, Wirtschaft und Medien. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beispielsweise zählte 1993 ganze 34 Nennungen des Begriffs. Im Jahre 2001 waren es bereits 1136. Nahezu unüberschaubar ist zu diesem Sujet die wissenschaftliche Literatur. Es gibt heute kaum noch ein praktisches Problem von Bedeutung ohne direkten oder indirekten Bezug zur Globalisierung, sei es der Streit um die beste Strategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, über die Verschuldung von Entwicklungsländern, über den Klimaschutz, die Standortwahl von Unternehmen oder die optimale Steuerpolitik. Das bewog den Deutschen Bundestag als erstes Parlament der Welt, eine Kommission einzurichten, die sich systematisch mit dem Thema beschäftigte.¹ Dabei ist Globalisierung kein originäres Phänomen. Vielmehr verkörpert sie neue Schübe der sich seit 150 Jahren mit fortschreitender Handelsverflechtung insbesondere zwischen den Industrieländern vollziehenden Internationalisierung der Wirtschaft. Diese hat durch den Abbau von Handelshemmnissen und Investitionsbeschränkungen spürbare Impulse erfahren.

1. Neue Schübe der Internationalisierung der Wirtschaft

Mit dem Kollaps des real existierenden Sozialismus fand der vorwiegend politisch definierte Systemwettbewerb zwischen Ost und West ein Ende. Der Kapitalismus dehnte sich nach Osten aus und legt zusehends seine sozialen

1 Vgl. Schlußbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft- Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200, 12.06.2002.

Zügel ab. Ein ausschließlich ökonomisch definierter Marktwettbewerb setzt sich durch. Ausgebaut wird die Vorherrschaft des Ökonomischen. Die Waren- und Marktlogik wird bis in den letzten Winkel dieses Planeten und auch gegen anderen Prinzipien folgendes lokales und regionales Wirtschaften zur Ultimo Ratio des Überlebens erhoben. Breite Bevölkerungsschichten in den Industrieländern machen die Erfahrung, dass Regierungen sich immer weniger um Gleichheit und Gerechtigkeit sorgen, sondern mehr um gedeihlichste Bedingungen für die Kapitalverwertung, um den Shareholder value. Die globale Konkurrenz ist zum Wettlauf um Kostensenkung durch Personalentlassungen geworden. Die Privatisierung der Bereitstellung von Grundgütern des menschlichen Lebens (Gesundheit, Bildung, Wohnen, öffentlicher Nahverkehr usw.) schreitet voran. Die Länder des Südens – zu Zeiten des Ost-West-Konflikts noch großenteils Arenen der Weltpolitik – verloren ihre Rolle als Rivalitätsfaktor zwischen verschiedenen Systemen und werden zu vergessenen Randzonen. Global wächst die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Der Abstand zwischen dem wohlhabendsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung hat sich allein in der letzten Dekade verdoppelt. Unter den Ärmsten ist der Frauenanteil überproportional hoch. Das anhaltende Nord-Süd-Gefälle und die sich verstärkende Reich-Arm-Polarisierung in den Industrieländern widerlegen die neoliberale Verheißung, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wären zum Wohle aller ausnutzbar, es würden alle gewinnen.

Erkennbar ist im Prozeß der Globalisierung das angloamerikanische Projekt zur Neuaufteilung, zur Beherrschung der Welt und ihrer Ressourcen.² Die meisten Entwicklungsländer, darunter fast das gesamte Afrika, sind dabei hoffnungslos ausgegrenzt. Es geht um die Aneignung des Öls und um die Monopolisierung des Saatgutes zur weltweiten Kontrolle der Lebensmittelproduktion. Patentierung und Lizenzierung sind wichtige Pfeiler in diesem Bestreben.

Einen neuen Schub erlangte die Internationalisierung der Wirtschaft durch die galoppierende Zunahme transnational organisierter Unternehmen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gab es mehr als 63 000 Konzerne solcher Art mit weltweit 800 000 Niederlassungen. Verbunden damit ist ein breiter Strom grenzüberschreitender Direktinvestitionen, die sich zum größten Teil auf die Industrieländer konzentrieren. Weltweit tätige Unternehmen ohne festes Zentrum in einem Staat drängen nach Liberalisierung der Weltwirtschaft und do-

2 Bernd Klees, Wirtschaftsethik der Globalität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/2003, S. 5.

minieren die internationalen Institutionen. Sie haben schon heute einen größeren Einfluß als manche Nationalstaaten. Diese Tendenz droht sich zu verstärken.

Als Impuls für die Globalisierung erwies sich die Revolution in den Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere das Aufkommen des Internet anno 1990 und seine fast schlagartig einsetzende kommerzielle Nutzung. Sie ließ räumliche Distanzen schrumpfen und ermöglichte die weltweite Vernetzung von Entwicklung und Produktion. An die Stelle der nationalen Fabrik tritt die „global factory“ ein und desselben Konzerns, der seine Wertschöpfungskette rund um den Globus legt und in einem Produktionsnetzwerk miteinander verbindet.³ Die elektronische und stark verbilligte telefonische Kommunikation erlaubt es, in Echtzeit mit Ton und Bild rund um die Uhr fast alles mitzerleben, was sich irgendwo ereignet, sie erleichtert den Preisvergleich und die globale Disposition. Der Kostenwettbewerb verschärft sich. International operierende Unternehmen geben den Kostendruck oft noch verstärkt an die zumeist kleinen lokalen Zulieferer weiter.

Unter den Bedingungen der Globalisierung wird in den Industrieländern das (männliche) Normalarbeitsverhältnis aufgekündigt. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien kommt es durch fortschreitende Flexibilisierung, Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung zum Abbau von Sicherheit, wie Elmar Altwater und Birgit Mahnkopf in ihrem Buch „Globalisierung der Unsicherheit“⁴ nachweisen. Abhängig Beschäftigte nehmen Globalisierung mehr wahr als Auflösung von Garantien und Rechten, als Gefährdung ihrer Arbeitsplätze und Einkommen, denn als Möglichkeit, von einem vielfältigen Warenangebot, von billigen Auslandsreisen oder dem Preiswettbewerb verschiedenster Anbieter zu profitieren. In den Entwicklungsländern zerstören die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien traditionelle Arbeits- und Lebensweisen. Sie reichen in jedes Dorf und verbreiten einen dem westlichen industriellen Marktmodell entsprechenden Lebens- und Konsumstil.

Schließlich erreichten die Finanzmärkte globusweit Dominanz über die Waren- und Arbeitsmärkte. In der ungehinderten Bewegungsfreiheit des Finanzkapitals sieht der wohl bekannteste Devisenspekulant George Soros das

3 Leo Mayer/Fred Schmid: Macht der Multis. Globalisierung Multis Monopole. isw forschungshefte 1, institut für sozialökologische wirtschaftsforschung münchen e.V., in Kooperation mit EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER München, November 2002, S. 17.

4 Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002.

hervorstechendste Merkmal der Globalisierung.⁵ Die monetäre Sphäre löst sich nahezu vollständig von der realwirtschaftlichen. Die globalen Finanztransaktionen expandieren um ein Vielfaches schneller als Weltproduktion und Welthandel. Waren es Ende der 80er Jahre 600 Milliarden US-Dollar, die täglich an den Weltdevisenbörsen gehandelt wurden, so beliefen sich die Tagesumsätze Ende der 90er Jahre bereits auf 1,2 Billionen US-Dollar. Allenfalls fünf Prozent davon dienten der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen. Der „Rest“ ist Interbankenhandel. Spekulative Geldbewegungen erreichen dramatische Ausmaße. Sie können ganze Länder sozial und politisch destabilisieren. Die Gier nach exzessiven Zinsen und Gewinnen führt zum raschen Hineinpumpen gigantischer Dollar- und anderer Beträge in zeitweilige Boom-Regionen (z.B. Südostasien) und zum ebenso plötzlichen Rückzug des kurzfristig angelegten Kapitals bei aufkommenden Gefährdungen. Finanzkrisen, die ganze Länder mit tiefen sozialen Einbrüchen für die Bevölkerungsmehrheit ergreifen, sind die Folge. Die Ablösung des Finanzgeschehens von realen wirtschaftlichen Prozessen hat Möglichkeiten zu krimineller Bereicherung erweitert. Illegale Geschäfte vom Drogen- bis zum Menschenhandel stehen dafür.

2. Globalisierung – das Ende von Politik?

Die Ansichten darüber, ob es sich bei der Globalisierung um eine Art Naturereignis handelt, einen Sachzwang, der Politik entmachtet oder ob sie eine neue, Gestaltung erheischende Herausforderung an den Nationalstaat und die internationale Gemeinschaft darstellt, gehen in der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion weit auseinander. Eine Gruppe von Autoren⁶ argumentiert, daß der Staat durch Globalisierung geschwächt sei, da seine Handlungsfähigkeit territorial beschränkt ist, während sich die Akteure der Globalisierung grenzüberschreitend bewegen und sich somit dem Zugriff des Staates leichter entziehen könnten.

Nach Friedhelm Hengsbach, Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts der Hochschule Sankt Gallen, soll Globalisierung sich in neoliberaler Lesart als „Kampfformel“ bewähren, um Druck auf Belegschaften und breite

5 George Soros: Der Globalisierungsreport. Berlin 2002, S. 13.

6 Susan Strange: The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge 1996, S. 65, Ohmae Kinichi: The End of The Nation State. The Rise of Regional Economics. New York 1995; Michael Zürn: Gesellschaftliche De-Nationalisierung und Regionen in der OECD-Welt, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen 1998, S. 9.

Bevölkerungsschichten auszuüben, Lohnforderungen zurückzunehmen, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten und mit der Kürzung sozialer Leistungen einverstanden zu sein. Sie gelte nationalen Regierungen zugleich als beliebte „Alibiformel“, um eigene Gestaltungsdefizite mit dem weltwirtschaftlichen Umfeld zu rechtfertigen.⁷ Das globale Kapital wird zum Ungeheuer, zum neuen Leviathan erhoben, gegen dessen Macht Politik chancenlos sei. In der Bundesrepublik Deutschland erhebt die sozialdemokratisch geführte Regierung mit der Agenda 2010 ihre Kapitulation vor den Zumutungen der neoliberalen Globalisierung geradezu zum Programm.

Eine andere Gruppe sieht den Staat nach wie vor insbesondere durch seine Autonomie bei der Verwendung des Budgets politisch gestaltunfähig. Globalisierung fordere den Staat insofern auf neue Weise heraus, als sie nationale Regierungen unter Druck setzt, ihre Politik den Gewinnerwartungen globaler Märkte anzupassen, um mobile Ressourcen im Land zu halten bzw. neue anzuziehen.⁸ Es veränderten sich also die Rahmenbedingungen für staatliches Handeln. Der Wettbewerb um Standortvorteile und Absatzmärkte werde härter. Eine Schwächung des Staates im Hinblick auf grundlegende Funktionen wie die Sicherung des Gemeinwohls müsse das nicht bedeuten.⁹

Angesichts der neuen Internationalisierungswellen gibt Pierre Bourdieu, Nestor der europäischen Sozialwissenschaft, den Rat, zwischen der Globalisierung als Faktum und dessen Deutung durch die neoliberale Ideologie zu unterscheiden. Weder dürfe die Globalisierung einzig als Schreckgespenst gesehen, noch die These von der Ohnmacht des Staates, vom Ende der Politik unwidersprochen bleiben.¹⁰ Globalisierung ist nicht per se gut oder schlecht. Eine Rückkehr zu abgeschlossenen Lebens- und Wirtschaftsräumen ist nicht erstrebenswert. Sie steht auch beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac und anderen Globalisierungskritikern nicht zur Debatte. Dies brächte Verzicht auf Vorteile, die sich aus der Internationalisierung des Wirtschaftslebens ergeben können. Aber Globalisierung ist kein Naturereignis, dem die

7 Friedhelm Hengsbach : Vortragsmanuskript für eine DGB-Diskussionsveranstaltung, Berlin 2002.

8 Robert Wade: Globalization and its Limits. Reports of the Death of the National Economy are Greatly Exaggerated, in: Suzanne Berger/Ronald Dore (Hrsg.): National Diversity and Global Capitalism. Ithaca N.Y. 1996, S. 60–97; Stefan A. Schirm: Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation in Europa und den Amerikas. Baden-Baden 2001, S. 49–73.

9 Stefan A. Schirm: Politische Optionen für die Nutzung von Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B5/2003, S. 8.

10 Pierre Bourdieu: Die sozialen Bewegungen zusammenführen, ohne zu vereinheitlichen. In: Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.: Neue Wege der Regulierung. VSA-Verlag Hamburg 2001, S. 22.

Menschen sich hilflos ausgeliefert fühlen müssen. Sie ist das Ergebnis von Politik, also menschlicher Entscheidungen und folglich auch beeinflussbar. Haupttriebkraft waren und sind die verantwortlichen Akteure der Kapitalmärkte, die Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Sie haben informell und offiziell auf internationalen Gipfeltreffen die Weichen für eine Liberalisierung der Märkte und zur Zurückdrängung des öffentlichen Sektors gestellt. Völlig unzureichend ist demgegenüber der Einfluß der Parlamente als gewählte Volksvertretungen auf diese Prozesse, ganz abgesehen von den Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Die Globalisierung ist bisher – das ist das eigentliche Problem – jeglicher demokratischen Einflußnahme entzogen. Bundespräsident Johannes Rau rief in seiner dritten „Berliner Rede“ daher dazu auf, sie „in gute Bahnen“ zu lenken. Zu ihrer Gestaltung seien klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen erforderlich. Eine Politik der Freiheit werde nur dann auch wirtschaftlich überzeugen, wenn sie die Menschen befreit von Ausbeutung, von Armut und Überschuldung, wenn sie für gleiche Chancen Sorge, zum gegenseitigen Respekt beitrage und wenn sie alle teilhaben lasse an dem, was den Globus bewege.¹¹

Der katholische Theologe und Präsident der Stiftung Weltethos in Tübingen Hans Küng bringt seine Position zum Thema so auf den Punkt: „Globalisierung ist erstens unvermeidbar, zweitens ambivalent (mit Gewinnern und Verlierern), drittens unberechenbar (kann zum ökonomischen Mirakel oder Debakel führen), aber auch viertens – und das ist mir das Wichtigste – steuerbar“.¹² Eine seiner Schlussfolgerungen lautet: „Wer den globalen Markt will, muß auch eine globale Rahmenordnung für ihn wollen, und wer diese Rahmenordnung will, muß auch ein globales Ethos wollen“.¹³ Es ginge nicht nur um Spezialfragen der Ökonomie, sondern um gesamtgesellschaftliche, um hoch politische und letztlich auch ethische Fragen. Etwa darum, ob das grundsätzlich berechtigte Gewinnstreben der einzige Zweck der Wirtschaft sein soll.

Die Herausforderung lautet also, den Globalisierungsprozess politisch zu gestalten, ihm ein menschliches Antlitz zu geben, ihn nicht als unbeeinflussbaren Sachzwang hinzunehmen, sondern Chancen nutzbar zu machen, die er bieten kann, und schärfere soziale Spaltungen und Ausgrenzungen zu verhindern. Das setzt Global Governance ebenso voraus wie einzelstaatliches Engagement.

11 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 2002, S. 2.

12 Der globale Markt erfordert ein globales Ethos, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Februar 1998.

13 Ebenda, a.a.O.

3. Stabilisierung der globalen Finanzmärkte und des Welthandelssystems

Verantwortungsvoll gestaltende Einwirkung auf globale Entwicklungen erfordert vordringlich einen adäquaten institutionellen Rahmen für die globalen Finanzmärkte. Dazu gehören z.B. die Verbesserung der Transparenz von Kapitalbewegungen, die Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Steuerflucht und Geldwäsche. Entscheidendes Gewicht aber kommt der Eindämmung kurzfristiger Devisentransaktionen zu. Ein Instrument dafür hat der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin bereits 1978 vorgeschlagen. Mit einer geringfügigen Steuer (z.B. 0,5 Prozent) auf Devisentransaktionen (genannt Tobin-Steuer) wird die Währungsspekulation unattraktiver, weil die Transaktionskosten steigen. Das trägt zur Stabilisierung von Finanzmärkten bei und kann als ergiebige Quelle zur Finanzierung entwicklungspolitischer Projekte (Gesundheitsfürsorge, Bildung, Infrastruktur) genutzt werden. Kritiker seines Konzepts machen geltend, dass die Erhebung der Tobin-Steuer einen multilateralen Ansatz und die Bereitschaft erfordert, die Steuer zumindest auf den wichtigsten Finanzplätzen der Welt zu erheben. Sie hegen Zweifel an der Unterstützung eines solchen Vorhabens durch die US-amerikanische Regierung, ohne deren konstruktive Mitwirkung kein durchschlagender Erfolg absehbar sei. Von der Hand zu weisen sind solche Einwände nicht, nur sind sie kein Freibrief für Abwarten und Untätigkeit.

Zu den Hauptaufgaben von Global Governance gehört auch, zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beizutragen. Stichworte sind: die demokratische Erneuerung der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) und deren Verpflichtung, soziale und ökologische Mindestnormen in ihren Regelwerken zu verankern, z. B. das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, die Gleichbehandlung von Frauen, die Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften, die Internationalisierung des Wettbewerbsrechts, um die Vermachtung wichtiger Weltmärkte zu verhindern, die Forcierung der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Staaten. Der amerikanische Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, von 1997 bis 2000 Chefvolkswirt und Vizepräsident der Weltbank und somit Insider, fordert eine grundlegende Revision der Leitungs- und Aufsichtsstrukturen in den Lenkungsinstitutionen der Weltwirtschaft. Nur so könnten die „Früchte“ der Globalisierung gleichmäßiger verteilt werden. Eines muß Stiglitz allerdings einräumen: „Die Vereinigten Staaten werden ihr faktisches Veto beim IWF nicht aufgeben. Und die Industriestaaten werden nicht auf Stimmrechte verzichten, um den Entwicklungsländern mehr Stimmrechte einzuräumen“. Daher werde es wahrscheinlich nicht so bald zu grund-

legenden Reformen von IWF und Weltbank kommen. Trotzdem schätzt Stiglitz die Möglichkeit einer Reform der internationalen Wirtschaftsinstitutionen nicht pessimistisch ein. Er hat während seiner Tätigkeit in der Weltbank selbst Veränderungen erlebt. „Es ist nicht leicht gewesen, sie durchzusetzen, und sie gingen auch nicht so weit, wie ich es mir gewünscht hätte. Aber es waren doch wichtige Veränderungen“.¹⁴ Im Rahmen der Europäischen Union – sie kann als europäische Form der Globalisierung betrachtet werden – gehört zur politischen Gestaltung dieses Prozesses z. B. die Ergänzung des stabilitätsorientierten Mandats der Europäischen Zentralbank um beschäftigungspolitische Ziele und die Harmonisierung der Gewinnsteuern.

4. Nationale Handlungsfelder

Auch auf einzelstaatlicher Ebene müssen Globalisierungskonsequenzen beherrschbar gemacht, ja prophylaktisch in „gute“ Bahnen gelenkt werden. Besonderen Schutz durch den Staat verdienen solche öffentlichen Güter wie Teile der Infrastruktur (Wasser- und Energieversorgung, Müllentsorgung), Umwelt, persönliche Sicherheit und Kultur, zu denen alle Bürger gleichberechtigten und erschwinglichen Zugang haben müssen. Sozial- und Lohn-dumping gilt es bei den geplanten europaweiten Ausschreibungen des öffentlichen Personennahverkehrs und anderer zur Daseinsvorsorge gehörenden Dienstleistungen zu verhindern. Bisher nach dem Solidarprinzip gesicherte öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit müssen vor Liberalisierung geschützt werden. Nur so läßt sich die Teilhabe aller dazu, unabhängig von ihren Einkommensverhältnissen, erhalten. Die Gefahr, dass die genannten Bereiche einzig der Profitmaximierung unterworfen werden, geht von dem 1995 in das Vertragswerk der Welthandelsorganisation aufgenommenen General Agreement on Trade in Services (GATS) aus, also dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, wenn es ohne Veränderungen für die 144 Mitgliedsstaaten in Kraft treten sollte.

Dienstleistungen waren im Jahre 2000 mit 1,2 Billionen Euro am Welt-handelsumsatz beteiligt und bilden ein lukratives Potential für Privatisierungsgelüste. Mitte 2003 standen im mexikanischen Cancun auf einer WTO-Ministerkonferenz abschließende Verhandlungen dazu an. Dem Abkommen zufolge sollen sich die Mitgliedsstaaten entsprechend dem Prinzip der Meistbegünstigung verpflichten, beim Handel mit Dienstleistungen ausländische Anbieter inländischen gleichzustellen, Handelsbeschränkungen aufzuheben

14 Josef Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung. Siedler Berlin 2003.

und somit weltweiten Wettbewerb zuzulassen. Das würde die Entwicklung vom sozial gezähmten zum totalen Markt beschleunigen. Die vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebotene öffentliche Daseinsvorsorge würde zur Disposition gestellt.

Bisher erfolgen die GATS-Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. So hat die Europäische Union mit Einverständnis der deutschen Bundesregierung von 72 WTO-Mitgliedern die Öffnung der Trinkwasserversorgung für Privatunternehmen gefordert. Der Zugang armer Menschen in den Entwicklungsländern zum „blauen Gold“ kann damit gefährdet werden. Unterstützung verdient die Forderung von Globalisierungskritikern, die Ressource Wasser nicht unter die GATS-Regelungen fallen zu lassen und überhaupt öffentliche Schlüsseldienstleistungen vom Geltungsbereich des GATS auszunehmen.

Eine gravierende Globalisierungsfolge für hochindustrialisierte Länder wie Deutschland ist z. B., dass schlecht ausgebildete und gering qualifizierte Arbeitskräfte unter doppelten Konkurrenzdruck geraten: durch die Zuwanderung billiger ausländischer Arbeitskräfte und die Einfuhr von Gütern und Diensten aus sogenannten Niedriglohnländern. Wichtiger denn je ist es daher, allen jungen Menschen den Zugang zu solider Ausbildung zu gewährleisten. Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Bildungsdefizite vergrößern die Gefahr von Ausgrenzung. Für Geringqualifizierte muß ein gesetzlicher Anspruch auf Weiterbildung kodifiziert werden.

Erhöhte Anforderungen ergeben sich an die Mittelstandsfinanzierung in Ländern, in denen wie in der Bundesrepublik dafür Fremdkapital dominiert. Anders als z. B. in den USA, wo die Eigenkapitalfinanzierung vorherrscht, besteht hierzulande eine große Abhängigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen von den Kreditinstituten. Die Politik darf es nicht hinnehmen, daß Privat- und Genossenschaftsbanken, aber auch kommunale Sparkassen sich zunehmend aus der Kreditversorgung dieser Betriebe zurückziehen.

Politische Gestaltung heißt auch, Globalisierung und Regionalisierung zusammenzudenken. Im globalen Wettbewerb steigt die Sehnsucht der Menschen nach Heimat im engeren Sinne. Das bedeutet, die lokalen und regionalen Chancen für Wirtschaft, Arbeit und Ernährung bestmöglich zu nutzen. Subventionen für den Güterfernverkehr sind kontraproduktiv, machen Ferne unerträglich nah. Übergreifend muß die Schlußfolgerung sein, daß in einer globalisierten Welt die Sozialpolitik für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an Gewicht gewinnt.

5. Globalisierung auf der Kippe?

In jüngster Zeit wird immer häufiger die Frage gestellt, ob das Ende der Globalisierung komme oder sie nicht zumindest auf der Kippe stünde.¹⁵ Festgemacht wird die Frage an Störfaktoren für den grenzüberschreitenden Warenhandel – anhaltende wirtschaftliche Schwäche der USA, der EU und Japans, Nachwirkungen des Irak-Krieges und Folgen gesundheitlicher Katastrophen wie der Lungenkrankheit SARS. Die Schwäche der Weltwirtschaft verschärfe in den großen Industrieländern schon lange virulente strukturelle Beschäftigungsprobleme. Das Lager der Protektionisten erhalte Zulauf. Auch habe die Weigerung der US-Administration, das Weltklima-Abkommen und die Kyoto-Protokolle zu unterzeichnen, sowie der von ihr im Irak-Krieg praktizierte Unilateralismus das multilaterale System von Institutionen und Abkommen in Frage gestellt. Einzelne Länder könnten zu regionaler Blockbildung neigen und sich nach außen abschotten. Geopolitische Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und EU-Staaten könnten die Globalisierung auf eine härtere Probe stellen, als es die globalisierungskritische Bewegung Attac je gekonnt hätte.

Die Faktenbeschreibung ist zutreffend, die Skepsis m.E. überzogen. Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens in ihrem neuen Gewand – der Globalisierung – ist nicht rückholbar. Protektionismus und Nationalismus sind keine geeignete Reaktion, um aus der wirtschaftlichen Flaute herauszukommen. Die Nutzung der von David Ricardo nachgewiesenen komparativen Kostenvorteile bleibt eine Triebkraft für internationale Arbeitsteilung und Welthandel. Die Staatengemeinschaft insgesamt, besonders aber die kleineren Länder sind im Interesse des weltweiten freien Austausches von Gütern und Leistungen auf die Funktionsfähigkeit internationaler Organisationen angewiesen. Entscheidend dafür, ob und in welchem Maße protektionistische Tendenzen wieder aufleben, wird das weitere Verhalten der USA sein und inwieweit es Europa gelingt, mit einer Stimme zu sprechen.

Nicht mit Protektionismus zu verwechseln ist die aufkommende Forderung nach „Deglobalisierung“. Dahinter verbirgt sich keine Absage an die Internationalisierung. Gesichert werden soll vielmehr, dass existentiell notwendige Ressourcen unter Kontrolle lokaler Gemeinschaften bleiben. Sie sollen nicht zu Waren reduziert, sondern als menschliche Grundgüter anerkannt und unter Schutz gestellt werden, um das Überleben der Menschheit zu gewährleisten.

15 Thomas Straubhaar: Das Ende der Globalisierung? In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. HWWA Hamburg, Heft 05/2003, S. 278.